

**An die Vorsitzende der Ratsversammlung Frau di Racca-Boenigk
Herrn Bürgermeister Thomas Voerste
Mitglieder der Ratsversammlung**

Antrag zum Tagesordnungspunkt 16 der Ratsversammlung am 10.10.2024

**Teilnahme an einer Projektkooperation mit den gemeinnützigen Vereinen Mehr Demokratie e.V. und
Bürgerbegehren Klimaschutz e.V.**

Pinneberg 02.10.2024

Die Ratsversammlung beschließt:

Die Stadt Pinneberg startet eine Projektkooperation mit den gemeinnützigen Vereinen Mehr Demokratie e.V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e.V. Zusammen mit der Verwaltung und ggf. beauftragten Dienstleistern wird in Pinneberg ein Bürgerrat organisiert, der mindestens 25 und maximal 30 zufällig aus dem Einwohnermelderegister geloste Teilnehmende umfasst. Dieser Bürgerrat wird bis Ende des ersten Halbjahres 2025 tagen. Das Themenfeld des Bürgerrats muss „Klimaschutz“ und/oder „Klimaanpassung“ betreffen. Der Abstimmungstermin wird möglichst auf die nächste Wahl zum Deutschen Bundestag im September 2025 gelegt.

Die notwendigen Mittel werden im Haushalt 2025 eingeplant.

Begründung:

Dieser Antrag vereint die Themen „Stärkung der Demokratie durch direkte Bürgerbeteiligung“ und „Klimaschutz“. Bürgerinnen und Bürger haben oft das Gefühl, nicht ausreichend mitentscheiden zu können. Bürgerräte bieten eine demokratische Plattform, bei der zufällig ausgewählte Personen mitwirken können. Experten unterstützen den Bürgerrat im Prozess der Meinungsbildung. Da die Empfehlungen des Bürgerrats über die Ratsversammlung teilweise in einen Bürgerentscheid münden, wird eine direkte Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen ermöglicht.

Um die Beteiligung an demokratischen Prozessen zu stärken, soll die Stadt Pinneberg im Rahmen des Projekts einen solchen Bürgerrat ins Leben rufen.

Die konkreten Fragestellungen werden von den Projektkoordinatoren (Mehr Demokratie e.V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e.V.) in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den in der Ratsversammlung vertretenen Fraktionen im Rahmen der Agenda-Setting-Phase bis Ende 2024 festgelegt.

Die Empfehlungen des Bürgerrats, die bis Ende des ersten Halbjahres 2025 erarbeitet werden, werden nach Beratung durch die Ratsversammlung und im Austausch mit Repräsentanten des Bürgerrats sowie

der zuständigen Verwaltung zur Abstimmung in einem Bürgerentscheid vorgelegt. Die Anzahl der zur Abstimmung stehenden Empfehlungen soll 3 bis 5 nicht überschreiten.

Die Verwaltung der Stadt Pinneberg wird beauftragt, die im Rahmen der Kooperation vorgesehenen Aufgaben zu übernehmen und die erforderlichen Mittel sowie Ressourcen für die Projektteilnahme bereitzustellen. Dazu gehören:

- a. Bereitstellung von kostenlosen Räumlichkeiten für die Durchführung des Bürgerrats und des Transferworkshops
- b. Catering für die Bürgerratsteilnehmenden
- c. Organisation und Durchführung des Bürgerentscheids

Mehr Demokratie e.V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e.V. berechnen der Stadt Pinneberg keine Kosten für die Teilnahme und Durchführung am Projekt „Klima trifft Kommune“.

Die finanziellen Belastungen für die Stadt Pinneberg sind somit vergleichsweise gering, da nur die Bereitstellung der Räumlichkeiten, und Kosten für Catering und einen zusätzlichen Stimmzettel anfallen. Alle weiteren Kosten tragen Mehr Demokratie e.V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e.V. bzw. deren Fördergeber.

Für Pinneberg stellen sich in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung zahlreiche Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2035. Eine breite Zustimmung in der Bevölkerung ist entscheidend, um dieses Ziel zu erreichen. Frühzeitige Bürgerbeteiligung kann diese Zustimmung fördern. Daher wird dieses Bürgerbeteiligungsverfahren vorgeschlagen.

Das Angebot, am Projekt „Klima trifft Kommune“ der gemeinnützigen Vereine Mehr Demokratie e.V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e.V. teilzunehmen, bietet folgende Vorteile:

- Das Projekt erhält umfangreiche Förderung, wodurch die Kosten und der Personalaufwand für die Stadt gering bleiben.
- Beide Vereine verfügen über umfassende Expertise im Bereich Bürgerbeteiligung und garantieren durch die Beauftragung unabhängiger Moderations- und Beteiligungsagenturen eine professionelle, unparteiische Durchführung.

Das Projekt umfasst folgende Schritte:

- Vor Beginn des Verfahrens wird ein Agenda-Setting durchgeführt, um ein Thema aus dem Bereich Klimaschutz zu identifizieren, das zur Erreichung der Klimaziele Pinnebergs beiträgt. Ziel ist es, Maßnahmen und Lösungen zu entwickeln, die von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden und, vorbehaltlich der bestehenden Rahmenbedingungen, umgesetzt werden können.
- Eine regelmäßig tagende Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertretern der Verwaltung und der durchführenden Vereine, wird gebildet. Die Gruppe arbeitet heraus, welche Perspektiven, Positionen und Akteure (z.B. lokale Unternehmen und Vereine) für die Bearbeitung des Themas durch Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden müssen. Dies soll Ausgewogenheit sicherstellen und eine enge Anbindung an die Stadtgesellschaft gewährleisten. Die Auswahl bildet auch die Grundlage für den fachlichen Input bei den Bürgerrats-Sitzungen.
- Ein Bürgerrat wird mit mindestens 25 und maximal 30 Teilnehmenden aus Pinneberg gebildet. Diese werden zufällig aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt, um ein demographisches Abbild der Bevölkerung zu erhalten. Der Bürgerrat soll verschiedene Altersgruppen und Stadtteile sowie eine

ausgewogene Geschlechterverteilung umfassen. Der Bürgerrat trifft sich zu vier Sitzungen oder an zwei Wochenenden und entwickelt Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge. Die Auswahl der Fachleute durch die Steuerungsgruppe erfolgt unter Berücksichtigung einer ausgewogenen politischen Positionierung. Die überparteiliche Moderation der Bürgerrats-Sitzungen durch die Vereine und ggf. professionelle Moderatoren stellt sicher, dass alle Stimmen gehört und Meinungen berücksichtigt werden.

- Bei einer Transfer-Veranstaltung diskutieren Repräsentanten des Bürgerrats mit Vertretern der Ratsfraktionen und der Verwaltung die erarbeiteten Empfehlungen. Gegebenenfalls überarbeitete Empfehlungen werden so formuliert, dass sie rechtssicher im Bürgerentscheid zur Abstimmung kommen können.
- Die Anzahl der zur Abstimmung stehenden Empfehlungen sollte 3 bis 5 nicht überschreiten, um eine qualifizierte Auseinandersetzung der Wahlberechtigten mit den Inhalten zu gewährleisten und den Verwaltungsaufwand zu minimieren.
- Die Ratsversammlung stellt die formulierten Empfehlungen und Maßnahmen im Rahmen eines Ratsreferendums zur Abstimmung durch die Pinneberger Bevölkerung. Vor der Abstimmung wird die Öffentlichkeit darüber informiert, wie die Empfehlungen des Bürgerrats erarbeitet wurden, um sicherzustellen, dass alle Stimmberechtigten über die Abstimmungsthemen informiert sind.

Die genannten Aufgaben und Schritte werden, wenn nicht anders angegeben, von den beteiligten Vereinen – in enger Abstimmung mit Politik, Verwaltung und ggf. beauftragten Dienstleistern – ausgeführt.

Für die SPD Fraktion

Für die Fraktion Bündnis90 Die Grünen

Angela Traboldt

Andrea Dreffein-Hahn

Für die Wählergemeinschaft Buntes Pinneberg

Sandra Holm